**Ökumenischer Gottesdienst zum Bettag 2022**

**Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen BS/BL**

Samstag, 17. September 2022, 17.00 Uhr, Predigerkirche in Basel

**Grussbotschaft von Regierungsrat Dr. Anton Lauber**

**Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion Kanton BL**

Geschätzte Gäste

Sehr verehrte Damen und Herren

Morgen ist Bettag. Für mich ist dieser Tag am Übergang vom Sommer in den Herbst jedes Jahr eine gute Gelegenheit, einen Moment innezuhalten und die Entwicklung in unserer Region und unserer Gesellschaft zu reflektieren. Wo stehen wir? Nach zwei Jahren Corona. Seit Februar mit Krieg in Europa. Vor einem Winter mit vielen Unbekannten und damit Unsicherheiten.

Vor vier Jahren habe ich anlässlich des Bettags den bekannten Zürcher Psychiater Frank Urbaniok zitiert, der in einem Interview mit der NZZ treffend erklärt hat, was in unserer Gesellschaft los ist: «Das Wutbürgertum wird durch das Internet und die Foren kultiviert und gesteigert. Die Leute können sich gegenseitig hochstacheln, sie finden plötzlich Massen von Gleichgesinnten. Während ein Einzelner vorsichtig ist, legt er die Zurückhaltung unter Gleichgesinnten ab. Der zweite Punkt ist die klare Tendenz in den Mainstream-Medien, alles zu forcieren und zuzuspitzen. Das gilt auch für die Unterhaltung: immer noch provokativer, noch blöder, der noch grössere Tabubruch».

Heute vier Jahre und unzählige Corona-Auseinandersetzungen später, sind wir noch nicht viel weiter. Der Zorn und die verbale Diskriminierung kennen keine Grenzen mehr, und das wird gezielt ausgenutzt. Der Trend hält also an. Hinterlässt er dabei auch Schäden am fragilen Konstrukt der Demokratie? Das ist die Frage, der ich heute nachgehen möchte.

Und die erste Antwort ist einfach und bildhaft: Die Schweiz ist immer noch das Dromedar! Statt in einer «Kamelgesellschaft» – die zwei Höcker des Tiers stehen für die Polarisierung – leben wir laut dem deutschen Soziologen Steffen Mau immer noch in einer «Dromedargesellschaft». Der eine Höcker des Dromedars symbolisiert die breite gesellschaftliche Mitte, die moderate Ansichten hat und sich in vielen Dingen weitgehend einig ist. Mau schreibt in seinem Essay auch, dass die Menschen zudem unterschiedlichste Orientierungen in sich vereinen würden, also zum Beispiel sowohl SUV fahren als auch vegan essen, Einwanderung zwar bereichernd finden, aber dennoch gegen offene Grenzen sein. Nur an den Rändern wird es immer radikaler und lauter. Glaubt man dem Soziologen, dann hat das mit den Echokammern der sozialen Netzwerke zu tun. Aber auch mit den Medien, die Extrempositionen überbetonen und damit zu einer Realitätsverzerrung beitragen: überall Kulturkampf, überall Spaltung!

Der zweite Teil meiner Antwort geht nun mehr in die Tiefe. In der Schweiz gibt es seit 1848 viele gesellschaftliche Gräben. Doch keiner davon ist dominant, sie überlagern sich vielmehr. Und vor allem sind sie nicht sehr tief. Marc Tribelhorn hat das in seinem Beitrag in der NZZ zum diesjährigen 1. August treffend dargelegt. Generationen, Sprachen, Konfessionen, Kulturen, Einkommen, Lebensstile, Bildungsgrade: Die Allianzen wechseln je nach Fragestellung und Konfliktlinie. So sind die ultraknappen Abstimmungsresultate der letzten Zeit – etwa beim Jagdgesetz, beim Burkaverbot, bei der Konzernverantwortungsinitiative, beim Kampfjetkredit oder beim CO2-Gesetz – nicht einfach einer simplen Lagerlogik gefolgt. Auch der Ukraine-Krieg, die Ausgestaltung der Neutralität und die Eingliederung der Schweiz in Europa unterteilen die Bevölkerung nicht in fixe, miteinander verfeindete Grossgruppen.

Doch unser politisches System stösst an seine Grenzen. Während die Bevölkerung im europäischen Vergleich politisch ziemlich eingemittet ist, hat in der Parteienlandschaft in den letzten drei Jahrzehnten ein markanter Wandel stattgefunden, wie verschiedene politologische Studien zeigen. In kaum einem anderen Land Europas liegen die Positionen der grossen Parteien inzwischen so weit auseinander wie in der Schweiz mit der SP und der SVP. Es scheint paradox: Die Gesellschaft ist nicht polarisiert, aber die Parteien sind es sehr wohl.

Das macht die Sache nicht einfacher. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass tragfähige, breit abgestützte Kompromisse schwieriger geworden sind. Die Zahl der Abstimmungsvorlagen steigt dadurch laufend. Wenn wir unsere bewährte Konkordanzdemokratie stärken wollen, dann müssen wir alle zum Dromedar, zum Zentrum Sorge tragen. Und genau da sehe ich die Chance und die Möglichkeiten der Kirchen. In der Stärkung des Ausgleichs!

Fördern wir – Staat und Kirchen – das Gemeinwohl. Erhöhen wir das Engagement und den Einsatz für eine gemeinsame Sache. Damit können wir der stetigen Individualisierung in unserer Gesellschaft entgegentreten. Der Ethiker, Theologe und Kommunikationsprofi Stephan Feldhaus hat es kürzlich in einem Interview in der Basler Zeitung auf den Punkt gebracht: «Man will sich mit möglichst wenig auseinandersetzen, frei sein, unabhängig sein. Und wir glauben, dass wir uns diese Formen der Individualisierung leisten können, weil es uns wirtschaftlich aufs Ganze gesehen gut geht».

Und Feldhaus, der hier in der Predigerkirche Ende August von der Christkatholischen Kirche zum Diakon geweiht worden ist, weiter: «Menschen brauchen Prinzipien und Werte für ihre Orientierung. Diese sind über Jahrhunderte und bis vor ein paar Jahrzehnten von privaten und öffentlichen Institutionen bereitgestellt worden, egal, ob diese gut oder schlecht sind: Familien, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Verbände – und vor allem auch Kirchen. Wenn man wollte, konnte man sich an diesen orientieren. Seit Jahren erodieren diese Institutionen immer mehr. Der Mensch findet da kaum noch Orientierung. Er zieht sich ins rein Private zurück. Oder er sucht sich die Bestätigung eben im Schrillen, an den Rändern».

Stärken wir darum das Zentrum, den Ausgleich und das Gemeinwohl! Dabei sehe ich für die Kirchen zwei zentrale Rollen: Einerseits die Funktion als Ratgeberin in ethischen Belangen und andererseits die Förderung des sozialen Engagements für die Geschwächten in unserer Gesellschaft. Diese zwei Rollen werden von vielen Menschen noch heute anerkannt. Und genau aus diesem Grunde bezahlen viele ihre Kirchensteuern, auch wenn sie persönlich seit Jahren keinen Gottesdienst mehr besucht haben. Und genau darin liegt die Erkenntnis, dass allein schon die christlichen Werte in unserer Gesellschaft Gemeinsinn stiften und die Solidarität untereinander fördern.

Religion und Kirche betten den Staat in ein grösseres Ganzes ein. Die Kirche ist die Hüterin der Idee von Gerechtigkeit und Freiheit. Das ist auch der Grund, weshalb die Präambel in unserer Bundesverfassung auf den Allmächtigen und die Schöpfung verweist.

Eine ausgeglichene und offene Gesellschaft will heissen: Wir reden miteinander persönlich und hören einander zu, wir interessieren uns füreinander, wir engagieren uns füreinander: heute in der Kirche, morgen vielleicht im Regierungsgebäude oder in der Gemeindeverwaltung, im Dorf, in der Nachbarschaft und natürlich zuhause in den eigenen vier Wänden. Der Bettag bietet eine gute Gelegenheit, den ersten Schritt zu tun.